

Änderungsantrag

der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Roland Claus, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Steffen Bockhahn, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7112, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012
(Haushaltsgesetz 2012)**

**hier: Einzelplan 12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Städtebauförderung und energetische Gebäudesanierung werden auf dem bisherigen Niveau fortgeführt.

1. In Kapitel 12 25 Titelgruppe 01 wird der Titel 882 11-440 (Zuweisung an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen – Städtebauförderung – neu) aufgestockt, um die Zusage aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP aus dem Jahr 2009 einhalten zu können und die Städtebauförderung ab 2012 mindestens wieder wie im Jahr 2010 mit 535 Mio. Euro zu unterstützen. Dieses Niveau wird in den Folgejahren in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes nicht unterschritten.
2. Die vorgesehenen Mittel für das Programm der KfW Bankengruppe zur energetischen Stadtentwicklung werden in die bewährte Systematik der gemeinsamen Städtebauförderung eingegliedert, zusätzlich zu den jetzt dort vorgesehenen Mitteln.

Berlin, den 21. November 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Städtebauförderung ist Wirtschaftsförderung. Jeder öffentliche Euro in der Städtebauförderung löst 8 Euro Privatinvestitionen aus. Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Reduzierung der Städtebauförderung um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr wirtschaftspolitisch und strukturpolitisch höchst kontraproduktiv. Nach dem dieser Bereich schon im laufenden Jahr eine massive Kürzung hinnehmen musste, ist für 2012 mit dem Aus weiterer Teilprogramme insbesondere im Bereich „Soziale Stadt“ zu rechnen.

Die Verschiebung von Aufgaben der Städtebauförderung und der CO₂-Gebäudesanierung in den Energie- und Klimafond lehnen wir ab. Die Fraktion DIE LINKE. fordert von der Bundesregierung langfristige Planungssicherheit.